



Interviews

Datum: 26. Mai 2023

Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer Verband Kommunaler Unternehmen, im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Es ist ohne Frage ein Mammutprojekt, das die Ampel da anpackt: die Wärmewende im Gebäudesektor. Drei Viertel aller Häuser in Deutschland werden immer noch mit Öl und Gas beheizt, vor allem Gas. Ein schnelles Umsteuern ist nötig, sollen die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen eingehalten werden. Deutschland ist spät dran. Und so erklärt sich wohl auch der erbitterte Streit zwischen den Ampel-Parteien um das Heizungsgesetz. Der Ton war rau diese Woche, über 100 Fragen hat die FDP gesammelt, von denen jetzt über 70 an Wirtschaftsminister Robert Habeck geschickt worden sind. Die sollen nun beantwortet werden. Trotzdem soll an der Verabschiedung des Gesetzes noch vor der Sommerpause festgehalten werden, sagt der Kanzler Olaf Scholz.

Klar ist, eine Schlüsselrolle bei dem Projekt wird den Stadtwerken zukommen. Sie versorgen bis heute den Großteil der Gebäude mit Energie. – Am Telefon ist jetzt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Kommunalen Unternehmen, zu denen auch die Stadtwerke gehören, Ingbert Liebing. Guten Morgen!

Ingbert Liebing: Guten Morgen, Herr May.

May: Wie viele Fragen haben Sie denn eigentlich noch an Robert Habeck? Auch 100?

Liebing: Nein, wir haben keinen umfangreichen Fragenkatalog eingereicht, aber wir haben Positionen bezogen, wo wir noch Änderungsbedarf am Gesetzentwurf sehen, und darüber sind wir auch im Gespräch mit der Regierung, mit den Koalitionsfraktionen. Denn so, wie es jetzt ist, darf es nicht bleiben.

May: Jetzt hört man aus den Reihen der FDP vor allem, dass das Gesetz von Robert Habeck (und Klara Geywitz, die Bundesbauministerin, war auch mit dabei) handwerklich schlecht sei. 120 von 170 Seiten gehören in die Tonne, war da zu hören. Ist da was dran aus Ihrer Sicht?

Liebing: Wir sehen vor allem Mängel darin, dass Regelungen nicht praxistauglich ausgestattet sind. Das Grundziel dieses Gesetzes, das teilen wir, aber ich glaube schon, dass das Gesetz eine Grundlage sein kann, an der man jetzt arbeiten muss. Aber es muss deutlich verändert werden, wenn wir Technologieoffenheit ernstmeinen, und vor allem, wenn es in der Praxis auch durch die Stadtwerke umgesetzt werden soll.

May: Dann sagen Sie mal ein Beispiel für fehlende Praxistauglichkeit, wo Sie sagen, das ist zwar gut gemeint, aber nicht gut gemacht, wird so nicht klappen.

Liebing: Ich will Ihnen ein Beispiel aus dem Bereich der Fernwärme sagen. Die Bundesregierung und auch der Bundeswirtschaftsminister Habeck sagen ausdrücklich, wir wollen die Fernwärme ausbauen als einen wesentlichen Beitrag zur klimaneutralen Wärmeversorgung. Aber gleichzeitig werden hohe Hürden aufgezogen. Die Fernwärmeversorger - die Stadtwerke leisten ja fast 90 Prozent der Fernwärmeversorgung vor Ort – müssen nach diesem Gesetzentwurf im Jahr 2030 50 Prozent erneuerbare Wärme in ihren Netzen nachweisen. So schnell wird das aber nicht gehen.

May: Warum nicht?

Liebing: Wir stellen den Zusammenhang her zur kommunalen Wärmeplanung. In den nächsten Jahren werden die Kommunen flächendeckend Wärmepläne erstellen müssen. Die Kommunen in der Größenordnung zwischen zehn und 100.000 Einwohner, die sollen diese Wärmepläne bis Ende 2028 erstellen. Wenn eine solche Stadt in der Größenordnung von 50 oder 80.000 Einwohner, eine mittelgroße Stadt, dann im Jahr 27 die Entscheidung trifft, was wo geschehen soll und wie denn die Wärme umgestellt werden kann von Gas auf Fernwärme oder innerhalb des Fernwärmenetzes von Gasversorgung, gasbetriebener Wärmeversorgung auf klimaneutrale Brennstoffe, dann geht das nicht innerhalb von drei Jahren. Das sind kapitalintensive, teure Projekte, die auch Zeit kosten, und da gehen nicht so kurze Fristen. Das ist einfach nicht praxistauglich.

May: Bis 2028 ist zu lang, sagen Sie. Die Frage ist ja, warum haben die Städte und Kommunen nicht schon längst mit so einer Wärmeplanung angefangen. Die Klimawende fällt jetzt auch nicht vom Himmel, ganz gleich welche Regierung an der Macht ist.

Liebing: Es gibt viele Städte, die haben sich selber auf den Weg gemacht. Auch viele Stadtwerke arbeiten schon daran. Aber dieses Instrument der Wärmeplanung soll auch eine Verbindlichkeit bekommen, nicht nur ein informelles Planungsinstrument sein, sondern auch Außenwirkung erzielen, und dazu braucht es Rechtsgrundlagen. Es gibt einzelne Länder, die haben schon solche Gesetze gemacht, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein; andere sind jetzt auf dem Weg. Aber jetzt wird auf Bundesebene darüber diskutiert, einen bundesweit einheitlichen standardisierten Rahmen zu schaffen, mit dem auch die Länder verpflichtet werden sollen, solche Wärmepläne zu erstellen in den Kommunen. Dieses Gesetz ist dringend notwendig. Eigentlich ist das die Vorstufe dafür, dass dann über ein Spezialgesetz alles Weitere geregelt werden kann. Nur wir haben nicht mehr so viel Zeit. Es ist schon viel zu viel Zeit vertingelt worden. Deswegen ist schon Tempo zu machen, aber wir müssen auch aufpassen, dass wir beim Tempomachen uns nicht ver Stolpern.

May: Aber Sie sagen, bis 2028 haben die Kommunen Zeit, eine Bedarfsplanung für die Fernwärme zu machen. Das sind über vier Jahre, über die wir sprechen. Das muss doch möglich sein!

Liebing: Manche haben sich schon auf den Weg gemacht. Dieses Gesetz ist auch nicht für diejenigen gemacht, die schon solche Pläne haben, sondern für diejenigen, die es noch nicht haben. Es gibt Bundesländer, in denen das bisher noch kein Thema gewesen ist, die auch darauf gewartet haben, was sagt denn der Bund jetzt, was gibt der Bund an Vorgaben. Deswegen verstehe ich auch manche, die gesagt haben, wir warten erst mal ab, was der Bund sagt.

Dieses Gesetz soll jetzt in diesem Jahr auf Bundesebene erstellt werden, in der zweiten Jahreshälfte. Das ist auch dringend notwendig. Aber auf der Basis müssen dann die Länder noch mal wiederum eigene Gesetze machen. Das wird dann im Jahr _24 sein. Am Ende bleiben vielleicht tatsächlich nur drei Jahre für diese Wärmepläne und auch das ist ein komplexes Vorhaben.

May: Jetzt sagt das Gesetz von Robert Habeck, dass ab 2024 energiefreundliche Heizungen eingebaut werden sollen beziehungsweise ersetzt werden oder in Neubauten eingebaut werden sollen. Inwiefern kollidiert das mit dieser Wärmeplanung?

Liebing: Wir werben dafür, dass diese beiden Gesetze zeitgleich miteinander im Parlament beraten werden, in der zweiten Jahreshälfte, und eng miteinander verzahnt werden. Aber unsere Sorge ist vor allem, dass mit dem ersten Gesetz, mit dem Heizungsgesetz, das ja schon jetzt in die parlamentarischen Beratungen geht und nach den bisherigen Vorstellungen der Koalition bis zum Sommer abgeschlossen werden soll, dass damit Lösungen, die wir bei der Wärmeplanung noch brauchen, schon ausgeschlossen werden – zum Beispiel die mögliche Umstellung von Gas auf Wasserstoff. Wir haben Gasleitungen liegen, die können wir auch für Wasserstoffversorgung in der dezentralen Wärme mit nutzen – sicherlich nicht eins zu eins, aber je nachdem, wie es örtlich passt, und das muss eine Option für die kommunale Wärmeplanung sein. In dem Gesetzentwurf von Robert Habeck, in dem GEG, ist das aber weitgehend praktisch ausgeschlossen.

May: Sie vermissen auch die sogenannte Technologieoffenheit beim Heizungsgesetz?

Liebing: Ja! Sie steht auf dem Papier. Die FDP hat die Technologieoffenheit in einem 30stündigen Koalitionsausschuss den Grünen abgerungen und dann ist es ins Gesetz hineingeschrieben worden, aber wiederum mit so hohen Hürden verbunden, dass es nicht in der Praxis umgesetzt werden kann.

May: Welche Hürden meinen Sie konkret?

Liebing: Das betrifft zum Beispiel die Vorschrift, dass ein Gasnetzbetreiber sein Gasnetz bis zum Jahr 2035 auf Wasserstoff umgestellt haben muss, wenn er es denn so umstellen will. Aber das Ziel ist Klimaneutralität _45 und nicht _35. Da wird das noch mal um zehn Jahre verschärft und bis zum Jahr 2035 wird das auch nicht gelingen. Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft wird ja auch erst in den 30er-Jahren stattfinden. Das braucht alles mehr Zeit und das ist das, was ich damit meinte. Wir brauchen zwar Tempo, wir brauchen jetzt schnelle Entscheidungen, die dann umgesetzt werden können, aber die Umsetzung wird auch noch Zeit brauchen und da müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht verstopfen.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

May: Jetzt sagen aber viele Energieexperten, diese ganze Diskussion um Wasserstoff im Gebäudebereich, im Wärmebereich, das ist im Prinzip eine Phantomdiskussion, weil Wasserstoff wird nicht Teil der Lösung sein, es wird nicht genug Wasserstoff geben und der Wasserstoff wird an ganz anderer Stelle gebraucht werden, zum Beispiel beim Thema klimafreundliche Stahlerzeugung oder auch, was den Verkehr angeht, LKW und solche Sachen, da wird gar nicht genug Wasserstoff vorhanden sein, um die Wärmewende voranzutreiben, das würde sie einfach nur verzögern. Das klingt doch erst einmal plausibel.

Liebing: Das sind tolle Propheten, die genau wissen, was in der Zukunft passiert. Gucken wir mal auf das Jahr 2040. Das ist in 17 Jahren. Wer will genau prophezeien, was in 17 Jahren ist? – Schauen wir 17 Jahre zurück. Im Jahr 2005/2006, da hatte niemand von uns ein Smartphone. Das heißt, wir leben in einer sehr dynamischen Welt, und das Thema Wasserstoff ist gesetzt. Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft. Die Länder in Nordafrika, im arabischen Raum, die bisher vom Öl- und Gasexport gelebt haben, die wissen ganz genau, dass diese fossile Energie zu Ende gehen wird. Die kümmern sich um Alternativen und für die ist Wasserstoff eine Alternative. Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft funktioniert vor allem dann, wenn wir einen Markt zulassen, wenn wir auch Nachfrage zulassen. Dann kommen auch Angebote. Wenn wir allerdings den Markt künstlich verknappen und staatlicherseits sagen, Wasserstoff darf nur in der Industrie oder in manchen anderen Verwendungen begrenzt eingesetzt werden, aber andere Anwendungen schließen wir von vornherein aus, dann beschränken wir staatlicherseits einen Markt und das ist nicht förderlich für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.

May: Aber es besteht die Gefahr, dass man dadurch die Wärmewende verzögert, weil man auf eine Technologie wartet, die möglicherweise nie an den Start geht.

Liebing: Nein! Wir wollen ja auch nicht abwarten, sondern wir wollen ganz im Gegenteil etwas forcieren und ermöglichen. Aber viel schlimmer ist es, gerade weil wir hohen Handlungsdruck haben, wenn jetzt mögliche Lösungsoptionen von vornherein ausgeschlossen werden. Das ist ja unsere Kritik an dem Gesetzentwurf, das sich zu sehr einseitig auf die Lösung der elektrischen Wärmepumpe konzentriert, und ich brauche ganz viele Lösungen. Ich brauche einen gut gefüllten Instrumentenkasten für die Dekarbonisierung der Wärme und nicht einen neuen Flaschenhals nur mit der Wärmepumpe. Die wird eine wesentliche Rolle spielen, selbstverständlich, aber auch dafür sind wesentliche Voraussetzungen noch zu schaffen wie der Netzausbau, aber auch die gesicherte Leistung. Denn gerade im Winter, wenn wir die Wärme brauchen, dann haben wir das Problem, dass Wind weniger weht und Sonne kaum scheint, und dann brauchen wir Kraftwerke, die die Spitzenlast abdecken, die wir heute auch noch nicht haben. Das muss alles ineinandergreifen.

May: Jetzt muss ich doch noch mal nachfragen. Es gibt Länder in Skandinavien beispielsweise, Norwegen oder Dänemark, die setzen ganz klar auf die Wärmepumpe, und zwar nicht erst seit heute, sondern schon seit 10, 15 Jahren, und da ist teilweise sogar die Wärmepumpe jetzt schon in der Mehrheit, was das Heizen von Gebäuden angeht. Was ist der Unterschied zwischen diesen Ländern und uns?

Liebing: Sie haben zum einen eine andere energetische Versorgungsstruktur seit langem. Norwegen setzt ganz stark auf Wasserkraft, die wir in diesem Maße in Deutschland gar nicht haben. Sie haben auch eine andere Gebäudestruktur. Wenn ich sehr viel Einfamilienhausstruktur habe, ländliche Siedlungen, dann ist es etwas anderes, als wenn wir bei uns den verdichteten Innenstadtbereich unsanierter Altgebäude betrachten. Wenn ich in den Großstädten bin, da habe ich auch kaum Raum für Großwärmepumpen oder Wärmepumpen im Gebäudebestand in diesen Quartieren. Dann ist die Fernwärme oder auch der Ersatz von Gas durch Wasserstoff die bessere Lösung. Aber das muss immer örtlich angepasst über die kommunale Wärmeplanung entschieden werden.

May: Herr Liebing, ich möchte noch mit Ihnen kurz über Patrick Graichen reden. Der Mann, aus dessen Feder das Gesetz maßgeblich stammt, der hat Ihnen beziehungsweise den Stadtwerken letztes Jahr – ich glaube, es war Mai oder so – ins Stammbuch geschrieben, Ihre Aufgabe werde es in Zukunft sein, die deutschen Gasnetze zurückzubauen. Soll gar nicht mal so gut angekommen sein bei den Stadtwerken. Aber war es deswegen falsch?

Liebing: Es ist in der Tat nicht gut angekommen, weil das so eine Pauschalaussage war und nicht der Wirklichkeit vor Ort entspricht. Es wird Gasnetze geben, die werden ihre bisherige Funktion verlieren und die werden stillgelegt werden. Aber meine Kritik ist auch an denjenigen, die das fordern, dass sie sich mit den Aufgaben, die da dranhängen, ein Gasnetz stillzulegen, nicht beschäftigen, denn daraus ergeben sich ja auch Fragen der Finanzierung, die auf 40, 50 Jahre angelegt sind. Wenn die nur noch 20 Jahre lang laufen, was heißt denn das finanziell? – Und es wird auch die Gasnetze geben, die wir weiter brauchen, denn an diesen Gasnetzen hängen nicht nur die Einfamilienhäuser oder die Wohnungen und Miethäuser, sondern daran hängen auch 1,8 Millionen gewerbliche Unternehmen des Mittelstandes, die neben der Industrie genauso auf Wasserstoff angewiesen sind, jedenfalls zu einem Teil, wo es nicht nur ums Heizen geht, sondern auch um Gas und künftig um Wasserstoff für Prozesse, und die müssen auch weiter versorgt werden. Das heißt, wir werden nicht eins zu eins das jetzige Gasnetz auf Wasserstoff umstellen, aber wir werden es auch nicht vollständig stilllegen können. Die Welt ist bunt und dafür brauchen wir die örtlich angepassten Lösungen und das hat Patrick Graichen mit seiner pauschalen Aussage seinerzeit leider nicht bedacht und deswegen auch viel Widerspruch in den Stadtwerken geerntet.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.